

Landespolitische Forderungen des Landesnetzwerkes Bürgerschaftlichen Engagement in Bayern anlässlich der Landtagswahlen in 2018

Sozialer Zusammenhalt, Heimat, solidarische Gesellschaft: Viele Politikerinnen und Politiker betonen, wie wichtig diese Leitbilder und Werte für unser Gemeinwesen sind. Garant dafür ist das hohe Maß an Bürgerschaftlichem Engagement. Die Hälfte aller in Bayern lebenden Menschen über 14 Jahre ist ehrenamtlich aktiv.

Die Zeiten ändern sich. Menschen sind beruflich stark gefordert, Familienbindungen werden lockerer, Traditionen sind nicht mehr allgemeingültig. Daher ist eine vorausschauende Engagementpolitik unverzichtbar, die für gute Rahmenbedingungen sorgt, damit das ehrenamtliche Engagement auf Dauer erhalten bleibt, und gesellschaftliche Veränderungen im Blick hat. So nimmt beispielsweise das sporadische und zeitlich befristete Engagement zu, während die Bereitschaft, sich langfristig für ein Ehrenamt zu verpflichten, abnimmt. Das kann die Stabilität unserer Zivilgesellschaft auf Dauer gefährden.

Vieles ist in Bayern auf den Weg gebracht. Die im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern zusammengeschlossenen Verbände geben nachstehend Anregungen für eine weitere positive Entwicklung.

Infrastrukturen vor Ort nachhaltig ausbauen

Vereine, Kirchengemeinden, Selbsthilfegruppen, Bürgerstiftungen, Integrationsbeiräte und viele weitere ehrenamtlich getragene Initiativen garantieren eine lebendige Bürgergesellschaft vor Ort. Sie müssen dauerhaft und verlässlich unterstützt werden, zum Beispiel durch Fortbildungen und Beratungen. Wichtig hierfür sind übergreifende Anlaufstellen wie Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser oder Familienzentren. Deshalb halten wir eine Grundförderung für das bürgerschaftlichen Engagement in den Kommunen von der Landesebene für unerlässlich.

Unser Vorschlag: 1€ pro Einwohner in Bayern pro Jahr für kommunale Ehrenamtsunterstützung!

Bürgerschaftliches Engagement ist Menschenrecht

Es gibt auch im Engagement Unterschiede, nach Herkunft, Stand der Bildung, Einkommenssituation oder Grad der Behinderung. Wir meinen: Sich engagieren zu können, ist ein Menschenrecht. Dazu müssen mögliche Hürden abgebaut und die Chance geschaffen werden, sich sein Engagement leisten zu können. Organisationen, die mit Ehrenamtlichen arbeiten, müssen integrative und inklusive Möglichkeiten haben, damit alle Menschen mitmachen können. *Unser Vorschlag: Individuelle Förderungsmöglichkeiten von Menschen, die sich engagieren wollen und dazu Unterstützung benötigen, z.B. durch Assistenz und unkomplizierten Auslagenersatz!*

Bildung für und durch Bürgerschaftliches Engagement stärken

Unser Bildungsverständnis verändert sich. Wir reden heute von Kompetenzen, die erworben werden, oder schätzen nicht formale Bildungsprozesse, etwa in der außerschulischen Jugendarbeit. Dieser Ansatz ist auszubauen. Bürgerschaftliches Engagement ist ein immens wichtiger Bildungsfaktor. Auch formale Bildungsorte wie Schulen und Hochschulen müssen dies stärker berücksichtigen.

Unser Vorschlag: Ausbau vorhandener Ansätze des Lernens durch Engagement an Bayerischen Schulen und Hochschulen mit dem Ziel, sie zum integralen Bestandteil der Curricula und Lehre zu machen und entsprechend zu fördern!

Partizipation und Teilhabechancen verbessern

Das LBE und dessen Mitgliedsorganisationen sind geschützte Räume von gelebter Demokratie, in denen alle, unabhängig von Herkunft, Weltanschauung, Religion und sexueller Orientierung, die gleichen Teilhabemöglichkeiten und Mitbestimmungsrechte haben. Damit erfüllen sie einen sehr

wichtigen inklusiven und integrativen Auftrag. Vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlichen Entwicklungen fördern die Mitgliedsorganisationen im LBE den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Frieden. Bei ihrer Arbeit werden die Engagierten jedoch oft mit ausgrenzenden Tendenzen und Angriffen konfrontiert.

Unser Vorschlag; Ausbau und Verstetigung langfristiger und unbürokratischer Landesförderprogramme für Initiativen, die sich gegen Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus engagieren, analog zu den Bundesprogrammen wie „Demokratie stärken“!

Entbürokratisierung der Rahmenbedingungen

Viele ehrenamtliche Organisationen sind mit den zunehmenden rechtlichen Anforderungen konfrontiert. Im Grunde müssen sie die gleichen Regeln wie ein mittelständischer Betrieb erfüllen, vom Steuerrecht über Datenschutz, Hygienevorschriften bis zu Jugendschutz. Das überfordert viele Ehrenamtliche und trägt zu Frustration bei.

Unser Vorschlag; Nachhaltige Anstrengungen der Entbürokratisierung für das Ehrenamt im Kompetenzbereich des Landes

- Abschaffung Fehlbedarfsfinanzierung als Anreiz zur Einwerbung weiterer Mittel
- längerfristige Förderzeiträume zur Sicherstellung der Nachhaltigkeit
- Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit als Eigenmittel für alle Bereiche des freiwilligen Engagements
- Bagatellgrenzen für vereinfachte Nachweispflicht
- Ansprechpartner in Kommunalverwaltungen für fachliche Beratung, die schon in der Verwaltungsausbildung verbindlich gelehrt wird.

Netzwerke auf Landesebene stärken

Die Landesverbände des bürgerschaftlichen Engagements, die sich im LBE zusammengeschlossen haben und seit Jahrzehnten intensiv zusammenarbeiten, sind wichtige Brückenbauer zwischen Politik und Zivilgesellschaft. Um diese Rolle unabhängig erfüllen zu können, benötigen alle Mitgliedseinrichtungen eine langfristige staatliche Sockelförderung.

Unser Vorschlag; Langfristige strukturelle Sockelförderung für:

- AGABY - Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns –
- Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Bayern e.V.
- Initiative Bürgerstiftungen in Bayern
- Landesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros Bayern

Nürnberg, den 29.5.2018

Für den Vorstand des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern
Dr. Thomas Rübke, Danielle Rodarius, Susanne Veit, Wolfgang Krell

Weitere Informationen zum Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern unter www.lbe.bayern.de